

Neue  
**Kleine Bibliothek 188**



Horst Kahrs (Hg.)

---

# Piratenzauber

Über eine Gesellschaft,  
die Freibeuter hervorbringt

*PapyRossa Verlag*



*Dieses Buch wird unter den Bedingungen einer Creative Commons License veröffentlicht: Creative Commons Attribution-NonCommercial-NoDerivs 3.0 Germany License (abrufbar unter [www.creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/legalcode](http://www.creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/legalcode)). Nach dieser Lizenz dürfen Sie die Texte für nichtkommerzielle Zwecke vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen unter der Bedingung, dass die Namen der Autoren und der Buchtitel inkl. Verlag genannt werden, der Inhalt nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert wird und Sie ihn unter vollständigem Abdruck dieses Lizenzhinweises weitergeben. Alle anderen Nutzungsformen, die nicht durch diese Creative Commons Lizenz oder das Urheberrecht gestattet sind, bleiben vorbehalten.*

*Die Veröffentlichung dieser Publikation erfolgte mit Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung.*

© 2013 by PapyRossa Verlags GmbH & Co. KG, Köln  
Luxemburger Str. 202, 50937 Köln  
Tel.: +49 (0) 221 – 44 85 45  
Fax: +49 (0) 221 – 44 43 05  
E-Mail: [mail@papyrossa.de](mailto:mail@papyrossa.de)  
Internet: [www.papyrossa.de](http://www.papyrossa.de)

Alle Rechte vorbehalten

Umschlag: Joachim Kubowitz, luxsiebenzwoplus  
Druck: Interpress

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar

ISBN 978-3-89438-508-8

aus: Horst Kahrs (Hrsg.): Piratenzauber, ISBN 978-3-89438-508-8  
© 2013 by PapyRossa Verlag, Köln / CC BY-NC-ND 3.0 (s. Impressum)

# Inhalt

<b>Potential und Projekt</b>	7
CONNY HILDEBRANDT / HORST KAHRS / NELLI TÜGEL <b>Piratenflaute</b>	10
Auf dem Weg zu einer Partei unter vielen anderen?	
WOLFGANG STORZ <b>Piraten und Massenmedien</b>	33
Wer beherrscht das Spiel?	
GEORG FÜLBERTH <b>Piraten im historischen Kontinuum</b>	48
HORST KAHRS <b>Eine neue soziale Idee aus der Mitte der »digitalen Gesellschaft«?</b>	60
KONSTANZE KRIESE <b>Vom schwierigen Auszug aus dem Fordismus</b>	74
Arbeit und Produktion im digitalen Zeitalter	
MARTIN BECKMANN <b>Die Piratenpartei und die Digitalisierung der Arbeit</b>	92
TOBIAS SCHULZE <b>Freies Wissen – die praktische Entknappung einer Ressource</b>	100
MICHAEL PAETAU <b>Freiheit und Wissensordnung</b>	113
JÜRGEN SCHEELE <b>Das Netz, die Eigentumsfrage und digitale Commons</b>	131

MICHAEL WEBER	
<b>Neue Chancen für Transparenz und Bürgerbeteiligung durch Einsatz modernerer Kommunikationsmethoden</b>	<b>146</b>
DETLEF KANNAPIN	
<b>Die »Fix-it-Ideologie« und ihre gesellschaftlichen Grenzen</b>	<b>161</b>
MICHAEL PAETAU	
<b>Kybernetik und flüssige Demokratie</b>	<b>173</b>
<b>Was bleibt?</b>	<b>188</b>
<b>Autorinnen und Autoren</b>	<b>195</b>

# Potential und Projekt

Thema dieses Buchs ist nicht die Piratenpartei, obwohl sie in jedem Beitrag gegenwärtig ist. Für uns interessanter ist der Zauber, der ihren Aufstieg begleitet (hat?), also ihr Potential und ihr Projekt, das sich darauf bezieht.

Beide sind älteren Datums.

Demokratie, Transparenz, individuelle Freiheit und universelle Teilhabe: so lassen sich die proklamierten Ziele aller Emanzipationsbewegungen seit den bürgerlichen Revolutionen des 17. und 18. Jahrhunderts beschreiben. Sie wurden – trotz einiger Fortschritte und Annäherungen – bis heute letztlich nicht verwirklicht, aber unter immer wieder veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen erneut auf die Tagesordnung gesetzt.

Nimmt man die Selbsterklärungen der Piratenpartei ernst – und das sollte man tun –, dann erweckt sie den Anschein, als versuche sie diesen Weg fortzusetzen, jetzt aber unter Nutzung eines Potentials, das die Dritte Industrielle Revolution – die digitale Durchdringung der Gesellschaft – liefert. Das Versprechen, das in den programmatischen Äußerungen dieser Partei zum Ausdruck kommt, setzt zugleich ein älteres Paradigma fort: wissenschaftlich-technischer Fortschritt als notwendige, wenngleich nicht hinreichende Voraussetzung für die Verwirklichung emanzipatorischer Ziele und von Wohlfahrt. Zugleich entstehen neue Gefahren, die diese Werte bedrohen.

Im Fall der Dritten Industriellen Revolution und ihrer Interpretation durch die Piraten bedeutet dies im Einzelnen:

Das Internet ist eine Allmende (commons), die Teilhabe aller Gesellschaftsmitglieder an Information, an Wissen und an der Gestaltung

ihres Zusammenlebens erlaubt. Bedroht wird diese Perspektive durch ein ebenfalls erweitertes Potential von Kontrolle und Fremdbestimmung, die von Staaten und Unternehmen ausgeübt wird, sowie durch den Versuch der Privatisierung der technisch ermöglichten Freiräume. Das Netz ist ein umkämpftes Gebiet. Seine Entdeckung durch sich als emanzipatorisch verstehende Politik hat darüber hinaus zur Wiederaufnahme anderer Versprechen geführt: Schaffung und Nutzung von commons auch jenseits der Informationstechnologie, und sei es das Bedingungslose Grundeinkommen, der fahrscheinlose Öffentliche Nahverkehr oder eine Energiegrundversorgung.

Ebenfalls über den Bereich der Kommunikation hinaus reicht die digitale Umwälzung der Arbeitswelt mit Erosion traditioneller Beschäftigungsverhältnisse, Entwertung bislang relevanter Fertigkeiten, Entstehung vorher unbekannter Qualifikationsanforderungen und mit den Freiheitsräumen von quantitativ erweiterter (Schein-)Selbständigkeit – zugleich aber auch hier die neue Qualität von Kontrollierbarkeit des Individuums und das Anwachsen von Prekarität.

Dies sind die Bedingungen, unter denen in vielen Ländern die Piratenparteien entstanden sind und unter denen diese selbst – oder im Fall ihres Scheiterns – andere Organisationen, die ihren Impuls aufnehmen könnten, stehen.

In ihrer noch sehr kurzen Geschichte sind schon Fallen sichtbar geworden, in die sie geraten könnten.

Bewegungen, die Freiheit, Demokratie und Teilhabe einforderten, sind in der Vergangenheit immer wieder im Mainstream einer bürgerlichen Gesellschaft aufgegangen, in der sie letztlich wesentliche Teile ihrer Ziele aufgaben. Jede von ihnen, die danach neu antritt, stößt auf die erfahrungsgesättigte Skepsis derer, die ihr vorhersagen zu können meinen, wie ihr Versuch auch diesmal enden werde: in irgendeinem Juste-Milieu.

Eine Kritik, die den Versuch, gesellschaftliche Probleme auch mit Hilfe technischer Möglichkeiten zu lösen, als lediglich instrumentelle Vernunft unter Ideologieverdacht stellt, wird die bereits vor vielen Jahrzehnten von Charles Percy Snow konstatierte Sprachlosigkeit zwischen den Zwei Kulturen – der natur- und technikwissenschaftlichen



einerseits, der geistes- und sozialwissenschaftlichen andererseits – überwinden müssen, soll sie nicht steril bleiben.

Piratenpartei, Gewerkschaften und große Teile auch der kritischen Ingenieursintelligenz pflegen zurzeit ein allenfalls aseptisches Verhältnis zueinander. Konzentration auf eine Stammklientel, Versuche von Vereinnahmungen, Bündnisse – welche dieser traditionellen Verhaltensweisen sind angemessen? Wodurch können sie ersetzt werden?

Die Piratenpartei Deutschland ist in ihrer Aufstiegsphase sofort Objekt der traditionellen Medien geworden. Wird sie ihnen gegenüber Autonomie auf der Basis eigener, netzbasierter Kommunikation und Teil-Öffentlichkeit bewahren können, ohne auf traditionelle mediale Öffentlichkeitswirkung verzichten zu müssen?

Wie das Beispiel der Grünen zeigt, kann die Anpassung einer Partei an einen Politikbetrieb, gegen den sie einmal angetreten war, durchaus mit dauerhafter parlamentarische Präsenz belohnt werden. Ihr Ausgangsprojekt wird dann – wie in der Vergangenheit immer wieder einmal – subjektlos werden. Das wäre schade.

Die Aufsätze dieses Bandes – dessen Autorinnen und Autoren verschiedenen Parteien angehören und die sich in ihren Beiträgen teilweise aufeinander beziehen – artikulieren Hoffnungen und Warnungen. Sie erscheinen im Vorfeld einer Wahlbewegung und gehen davon aus, dass der doppelte Gegenstand ihrer Beobachtung – das durch die Digitale Revolution bereitgestellte Potential und das politische Projekt, welches daran anknüpft – auch danach noch aktuell bleiben wird, in welcher parteipolitischen Ausformung auch immer.

*Die Autorinnen und Autoren*

MICHAEL PAETAU

# Freiheit und Wissensordnung

In den folgenden Überlegungen möchte ich mich der Frage nach den gesellschaftlichen Bedingungen für das Entstehen von Piratenparteien in mittlerweile mehr als 60 Ländern der Welt<sup>1</sup> aus einer kultursoziologischen, die *Wissensordnung* der Gesellschaft fokussierenden Perspektive nähern. Unter Wissensordnung verstehe ich ein System kultureller Schemata bzw. symbolischer Codes, durch das der Umgang mit Wissen in einer Gesellschaft geregelt ist.<sup>2</sup> In ihr zeigt sich, in welcher Weise die *Produktion* von Wissen gesellschaftlich bestimmt ist, wie eine Gesellschaft darüber entscheidet, welches Wissen durch welche Institutionen und in welcher Form *gespeichert* wird, wie welches Wissen durch wen *verbreitet* wird (werden darf) und wie der *Zugang* zum Wissen geregelt ist. Foucault bezeichnet die Wissensordnung als einen spezifisch historischen Raum für das, was zu wissen und zu kommunizieren möglich ist. Diese Räume beeinflussen die Art und Weise, in der die gesellschaftlichen Individuen sich als Subjekte formen. Und deshalb wird die Produktion der in diesen Räumen stattfindenden Diskurse immer versucht zu kontrollieren, zu selektieren, zu organisieren und zu kanalisieren. Sie sind Ausdruck einer Vielfältigkeit von sozialen Kräfteverhältnissen, entstanden in unaufhörlichen Kämpfen und Auseinandersetzungen (Foucault 1991). Wir können davon ausgehen, dass

---

1 Quelle: PP-International: [www.pp-international.net](http://www.pp-international.net) (20.02.2013)

2 Vgl. hierzu auch A. Reckwitz 2000, 147 ff. H. Spinner (1994) spricht von der Wissensordnung als einer dritten Grundordnung der Gesellschaft, neben der Wirtschaftsordnung und der Rechtsordnung.

wir es dabei immer mit einer Heterogenität und Pluralität von Formen der kognitiv-symbolischen Organisation der Wirklichkeit zu tun haben, die aufgrund ihrer Kopplung an kulturelle Sinnmuster sozialer Kollektive auch als *Wissenskulturen* bezeichnet werden können.<sup>3</sup>

## I.

Ich möchte mit meinen Überlegungen anknüpfen an die Beobachtungen, die Horst Kahrs (in diesem Band) zur sozialen Basis der Piraten dargestellt hat. Er verweist auf Solo-Selbständigkeit, instabile und zum Teil prekäre Beschäftigungsverhältnisse der jungen Generation und macht auf die damit verbundenen veränderten Erwartungen an die Gesellschaft aufmerksam. Wenn Prekarität als Normalität erfahren wird und damit »alle auf einer arbeiterlich-sozialdemokratischen Lebensführung in einer Leistungsgesellschaft aufbauenden Versprechen, wie soziale Bürgerrechte, sozialstaatliche Absicherung und individuelle Wohlstandsmehrung außerhalb des Erreichbaren liegen« (S.69), sieht eine junge, gut ausgebildete Generation ihre Zukunft darin, auf die Autonomie des Subjektes zu setzen und aus dieser Perspektive funktionale Anforderungen an die Gesellschaft zu stellen. Man versucht die Subsumtion unter ein gesellschaftliches System, welches einem keine sichere Entwicklungsmöglichkeit mehr gewähren kann, zu durchbrechen und die Lebensführung stärker in die eigene Hand zu nehmen.

Aus der Kybernetik wissen wir, dass die Steigerung von Autonomie zwar einerseits mehr operationale *Independenz* der betreffenden Systeme im Verhältnis zu ihrer Umwelt bedeutet, gleichzeitig jedoch eine Steigerung der *Interdependenz* impliziert, ohne die autonome Systeme keinen Zugang zu ihrer heterarchischen Umwelt herstellen und ihre Reproduktion sichern können. Die *Durchlässigkeit* der Strukturen, in denen verteiltes Wissen produziert und zugänglich gemacht wird, in denen Information als organisierender Faktor für (soziale) Systeme erzeugt wird, wird somit zur Existenzbedingung autonomer Subjekte oder sozialer Kollektive, die nicht mehr auf die Einlösung wohl-

3 Vgl. Paetau 2009: [www.wissenskulturen.de](http://www.wissenskulturen.de)

fahrtstaatlicher Versprechen, weder bürgerlicher noch sozialistischer Provinienz, vertrauen. Aus dieser Einstellung heraus ergibt sich eine bestimmte Selektionshaltung hinsichtlich der Suche nach gesellschaftlichen Utopien und die Ablehnung einer Einordnung in das traditionelle Rechts/Links-Schema. Es ist durchaus möglich, ja sogar sehr plausibel, dass die Art und Weise, wie die Piraten die Frage der sozialen Vernetzung und der damit verbundenen Erweiterungen oder Einschränkungen der Handlungsmöglichkeiten zum zentralen Gegenstand ihrer Politik gemacht haben, durch die präkere Beschäftigungssituation eines Großteils der jungen Generation motiviert ist. In der Tat ist es offensichtlich, dass der Netzwerkgedanke, also die lose gekoppelte Verbindung autonomer Subjekte oder Systeme eine Art Leitbildfunktion für nahezu alle Programmpunkte der Piraten darstellt, angefangen bei den Fragen der Gestaltung der digitalen Infrastruktur, des Urheberrechts, der Geschlechter- und Familienpolitik bis hin zur Frage der zukünftigen Ausgestaltung der politischen Institutionen (Stichwort: Liquid Democracy). Allerdings – und darauf gehe ich anderer Stelle (in diesem Band) noch genauer ein – impliziert dieser besondere Blickwinkel einige grundlegende epistemologische Positionen, die in der Piratenpartei zwar eine große – möglicherweise sogar dominante – Rolle spielen, aber noch lange nicht durchgängig als bewusste theoretische Basis ihrer Politik verstanden sind.

Es ist Kahrs also durchaus zuzustimmen, wenn er mit dem Hinweis auf die Reproduktionsverhältnisse der sozialen Basis der Piraten einerseits deren Wählerpotential erklärt, zum andern aber auch – mehr implizit als explizit – auf eine besondere *Beobachtungsweise* verweist, mit der ein sich seit längerer Zeit vollziehender gesellschaftlicher Transitionsprozess von den Piraten zum politischen Gegenstand gemacht wird. Gesellschaftliche Transitionen sind hochkomplexe historische Ereignisse, in denen Gesellschaften in ihrer Gesamtheit von einem Zustand in einen anderen übergehen. Diese Zustandsveränderungen sind aufgrund ihrer Komplexität nicht immer eindeutig zu bezeichnen. Wichtig ist aber, dass sie derart grundlegend sind, dass spätere Beobachter davon sprechen werden, dass es sich nicht mehr um dieselbe Gesellschaft wie zuvor handelt. Ein solcher Fall wird auch

als »Revolution« bezeichnet. Ein Begriff, der allerdings nur dann sinnvoll scheint, wenn man eindeutige Kriterien an der Hand hat, was als *revolutionär* zu verstehen ist und was nicht. Hält man an dem transzendierenden Charakter des Revolutionsbegriffs, wie wir ihn etwa bei Marx finden, fest, und bezeichnet nicht bereits jeden Sturz eines Diktators oder einer bestimmten Regierung als Revolution, kommt ein weiterer Begriff hinzu, dem für die Bewertung gesellschaftlicher Transitionen eine Schlüsselrolle zukommt, der Begriff der Emanzipation. Hierbei geht es immer um Veränderungen grundlegender gesellschaftlicher Einflussmöglichkeiten der Subjekte auf ihre Lebensumstände und damit auf sich selbst. Für Marx ist dies der zentrale Punkt seiner Freiheitsauffassung. »Alle Emanzipation ist die Zurückführung der menschlichen Welt, der Verhältnisse, auf den Menschen selbst (...), erst wenn der Mensch seine ›forces propres‹ als gesellschaftliche Kräfte erkannt und organisiert hat und daher die gesellschaftliche Kraft nicht mehr in der Gestalt der politischen Kraft von sich trennt, erst dann ist die menschliche Emanzipation vollbracht« (Marx: Zur Judenfrage, MEW 1, 370).

Inwieweit die Piratenparteien, die sich als politischer Arm einer weltweiten sozialen Bewegung mit netzpolitischem Charakter verstehen, Teil einer *emanzipatorischen* Bewegung sind, ist unstritten. Interessanterweise sind es v. a. Kritiker von links, die dies – zum Teil mit Vehemenz – bestreiten und ihr ihren Liberalismus vorhalten.<sup>4</sup> Dieser Frage möchte ich im Folgenden nachgehen.

## II.

Dem Freiheitsbegriff der Liberalen haftet der Makel an, als philosophisches, ökonomisches und politisches Konzept in erster Linie die Interessen einer besonderen Klasse von Besitzenden zu transportieren, mit dem diese seit Beginn des 18. Jahrhunderts ihre politischen Machtansprüche gegen die damals noch dominierende Aristokratie durchsetzen wollten. Er bedient sich der Vorstellung eines individuell-selbstbestimmten Interesses, um Politik abzukoppeln von den sozia-

4 Vgl. beispielsweise Nuss 2006 und 2012, oder Kullmann 2012

len Determinanten des menschlichen Subjektes, gelangt dabei jedoch »nicht zu Kriterien, die allen Menschen, wenn sie nur ihre Vernunft befragen, einleuchten müssen« (Luhmann 1997, 1023). Es handele sich – so die Kritik – somit um ein *ideologisches* Konzept und keineswegs um eine allgemeine, die Menschheit umfassende Freiheitsauffassung. Es ist vor allem der Bezug zwischen der Freiheit des Individuums, eingebettet in bürgerlich-kapitalistische Gesellschaftsstrukturen und der damit verbundenen eigentumsorientierten Verfügungsgewalt über die gesellschaftlichen Produkte (jeglicher Art), was den Freiheitsbegriff des Liberalismus von Anfang an belastet und ein Spannungsfeld erzeugt, das bis heute ungelöst ist. Denn mit ihm werden zwei andere wichtige Gedanken der Aufklärung, die seit den Tagen der französischen Revolution mit den Begriffen der Gleichheit und der Solidarität verbunden sind, zurückgedrängt.

Bereits im Verlauf einer der ersten erfolgreichen Umwälzungen der politischen Machtverhältnisse zu Gunsten des Bürgertums, der nordamerikanischen Unabhängigkeitsbewegung, erzeugte dieses Spannungsverhältnis eine beträchtliche publizistische Aktivität. Die Tatsache, dass die wichtigsten Protagonisten der nordamerikanischen Unabhängigkeit, unter ihnen Washington, Jefferson und Madison,<sup>5</sup> sich zum Liberalismus bekannten, gleichzeitig aber kein Problem damit hatten, Sklavenbesitzer zu sein, setzte sie der zum Teil scharfen Kritik von Intellektuellen im englischen Mutterland aus. Eine Kritik, die man in England aber nicht nur moralisch verstand, sondern politisch gegen die Selbstständigkeitsbestrebungen der Kolonie wenden konnte. »Die Sklaverei, so [Adam] Smith, könne leichter unterdrückt werden unter einer ›despotischen Regierung«, als unter einer ›freien Regierung«, deren Repräsentationsorgane ausschließlich weißen Eigentümern vorbehalten sind.« (Losurdo 2010, 15).<sup>6</sup> Die nordamerikanische

5 Vgl. Morgan 1995, zit. bei Losurdo 2010, 23

6 Allerdings wird hier scharf differenziert: kritisiert wird die erbliche und rassische Sklaverei, nicht aber die Strafsklaverei für »nichtsnutzige Vagabunden« und die Schuldnechtschaft. Für John Locke (1642–1704), der allgemein als Vater des Liberalismus gewürdigt wird, war die Sklaverei in den Kolonien noch selbstverständlich und vollkommen natürlich.

Antwort bestand in der Brandmarkung der »politischen Sklaverei«, der der freie amerikanische Bürger durch die britische Monarchie ausgesetzt sei, und beklagte ihrerseits die Tyrannei der Krone und des englischen Parlaments gegenüber den freien Bürgern der nordamerikanischen Kolonien (insbesondere die ungerechte Besteuerung, ebd., S. 20). Benjamin Franklin warf den Engländern Heuchelei vor, da diese zwar die *Sklavenhaltung* kritisierten, selbst jedoch die weltweit führende Rolle beim *Handel* mit Sklaven einnahmen.

Dieser hier an einem historischen Beispiel nur sehr verkürzt skizzierte Grundkonflikt hinsichtlich der Steuerung bzw. Selbststeuerung sozialer Systeme nach »vernünftigen Zielen« ist dem Liberalismus inhärent und kann auf der Basis seiner eigenen theoretischen Fundamente nicht gelöst werden. Auch die Piratenpartei kann ihm nicht entgehen. Allerdings hat sie – wie ich im Folgenden zeigen möchte – eine Form des Umgangs damit gefunden, der die alte Unterscheidung, Liberale würden vom Individuum her denken, Konservative und Sozialisten dagegen vom Gemeinwesen (Staat, korporative Verbände, Klassenzugehörigkeit etc.),<sup>7</sup> dekonstruiert. Die Piratenparteien machen *beides* zum Ausgangspunkt ihrer Politik, weshalb die Bezeichnung ihrer Politik als *liberal* zwar nicht ganz falsch, die mit einer solchen Bezeichnung üblicherweise verbundene Konnotation aber fragwürdig geworden ist.

### III.

Ausgehend von der Einsicht, dass weder die Verwertungsbedingungen des »Kapitals im allgemeinen«<sup>8</sup> noch die soziale Absicherung gegenüber Krankheit, Arbeitslosigkeit oder eine allgemeine gesellschaftliche Wohlfahrt über die Mechanismen des kapitalistischen Systems der Wirtschaft allein möglich ist, haben auch Liberale niemals die Notwendigkeit des Staates als regulativer Instanz gelehrt. Um-

7 Vgl. zu dieser Gegenüberstellung Langewiesche 2003, 232 f..

8 Der von Marx verwendete Begriff des »Kapital im Allgemeinen« ist keine bloße Abstraktion, sondern insofern eine empirische Größe, als es die Summe der individuellen Kapitale darstellt und damit das gesellschaftliche Kapital (Marx, Grundrisse, 735).

stritten war jedoch immer das Ausmaß der regulativen Eingriffe. Und das nicht nur von Seiten des Kapitals, sondern auch von Seiten einer am politischen Emanzipationsgedanken orientierten Arbeiterbewegung und von marxistisch inspirierten Theoretikern. So hat bereits Adorno davor gewarnt, staatliche Steuerung könne Integrationsmechanismen und Macht einsetzen, um »einem unvernünftigen Zustand der Gesellschaft Raum zu lassen« (Adorno 1972, 45 f.). Foucault hat die wohlfahrtsstaatliche Ausweitung der regulativen Befugnisse bekanntlich anhand des Begriffs der *Pastoralmacht* analysiert. In Form des Sozialstaates wird in neuer Form eine alte Machttechnik aufgegriffen, die ursprünglich in den christlichen Institutionen entstanden war und darauf ausgerichtet war, das Seelenheil der christlichen Gemeinde zu sichern, im modernen Sozialstaat jedoch durch »irdische« Ziele ersetzt wurde: Gesundheit, Wohlergehen, Sicherheit und Schutz vor Unfällen aller Art und deren Folgen. (Foucault 2005, 247 f.). Foucault sieht das Besondere dieser institutionellen Macht darin, dass es sich nicht nur um eine ordnende Macht handelt, sondern auch um eine aufopferungsvolle Tätigkeit des Hegens und Pflegens.<sup>9</sup> Diese Form der Macht kümmert sich nicht nur um die Gemeinschaft als Ganzes, sondern um jeden Einzelnen. Und sie lässt sich nur ausüben, wenn man weiß, was in den Köpfen der Menschen vor sich geht, wenn man »ihre Seele erforscht, wenn man sie zwingt, ihre intimsten Geheimnisse preiszugeben. Pastoralmacht setzt also voraus, dass man das Bewußtsein des Einzelnen kennt und zu lenken vermag.« (248).

Wenn man – wie anfangs thematisiert – der gesellschaftlichen Integrationskraft des Arbeitsmarktes misstrauend in der Gewinnung und Wahrung von Autonomie die einzig sinnvolle Möglichkeit für eine einigermaßen stabile und perspektivisch Erfolg versprechende materielle Lebensabsicherung sieht, muss eine derartige Macht als Bedrohung erscheinen, der man sich zu widersetzen bestrebt ist. Wenngleich dies zunächst einmal nichts anderes bedeutet als ein Festhalten an der »regulativen Idee« der Aufklärung, dem menschlichen Subjekt

9 Bekanntlich wird im Christentum hierfür die Metapher des Hirtens verwendet, der seine Herde (=Gemeinde) umsorgt, pflegt und leitet.



ein Höchstmaß an Selbstbestimmung zu ermöglichen, so gerät über die Frage, wie der für die Vernetzung der autonomen Subjekte erforderliche Zugang zu den informationellen Ressourcen geregelt werden kann, auch das Problem des Verhältnisses von Eigentum und gleichen Entwicklungschancen aller auf die politische Tagesordnung. Zumindest hinsichtlich der Problematik der sogenannten »intellektuellen Eigentumsrechte«.

#### IV.

Die Vision einer freien Wissensordnung, wie sie von der Piratenpartei vertreten wird, ist zweifellos insofern ein *liberales* Konzept, als sie sich an der regulativen Idee des freien selbstbestimmten Subjekts orientiert und dies als Leitlinie für die transitorische Gestaltung der sogenannten »Wissengesellschaft« politisch einklagt.

So wurde (und wird weiterhin) den Plänen der Bundesregierung zur Vorratsdatenspeicherung, zu Internetsperren, zum ACTA-Abkommen, zum »Elektronischen Entgeltnachweis« (ELENA), zum SWIFT-Abkommen der EU mit den USA u. a. m. Widerstand entgegengesetzt. In allen Fällen wurde und wird die massenhafte Speicherung von personenbezogenen Daten durch staatliche Behörden kritisiert, welche heutzutage mit Hilfe moderner Data-Mining-Verfahren zur Erstellung unterschiedlichster Profile von einzelnen Personen oder Gruppen ausgewertet und zu einer weitreichenden Kontrolle des einzelnen Bürgers verwendet werden könnten. Bei (fast) allem, was Menschen im Netz (aber auch außerhalb) tun, werden Daten erzeugt. Teils geschieht dies freiwillig (beispielsweise in den diversen Social-Web Anwendungen), teils unfreiwillig (beispielsweise Video-Aufzeichnungen oder Internet-Logfiles). Data-Mining-Verfahren ermöglichen es, einmal erhobene Daten mit relativ geringem Aufwand in von ihrem ursprünglichen Entstehungskontext abweichende Zusammenhänge zu bringen. Doch was in bestimmten Anwendungsfeldern sinnvoll ist (z. B. zur Einschätzung komplexer Wechselwirkungen im Hinblick auf Strategien nachhaltiger Entwicklung), kann hinsichtlich des politischen Machtgefüges in massiver Weise die informationelle Selbstbestimmung gefährden. Die Individuen werden mit – häufig

lange zurückreichenden – Ereignissen konfrontiert, die ihnen in bestimmten Situationen Nachteile bringen können. Die Möglichkeit, Daten in einer vom handelnden Individuum nicht intendierten Weise zu nutzen und Personen auf vergangenes Handeln festzulegen, trägt dazu bei, das Machtgefälle zwischen den betroffenen Individuen und den staatlichen oder privaten Kontrollinstanzen zu vergrößern.

Aus diesen und anderen Abwehrkämpfen haben die Piraten programmatische Forderungen entwickelt, die an liberalen Werten und Bürgerrechten orientiert sind:

- Schutz der Privatsphäre als Fundament einer demokratischen Gesellschaft, Schutz der Meinungsfreiheit und persönlichen Entfaltung jedes Individuums,
- Informationelle Selbstbestimmung,
- Freie Selbstbestimmung von geschlechtlicher und sexueller Identität bzw. Orientierung
- Freie Selbstbestimmung des Zusammenlebens, die der Vielfalt der Lebensstile gerecht wird,
- Migration und Integration (Vielfalt des Zusammenlebens von Menschen unterschiedlicher Herkunft als Bereicherung des gesellschaftlichen Lebens, gegenseitiger Einfluss im Sinne einer »Interkultur«).

Um diese politischen Forderungen in die Parlamente zu tragen, hätte es allerdings der Gründung einer Piratenpartei nicht bedurft. Diese Ziele werden in ähnlicher Weise auch von den Linken, den Grünen und z. T. auch von der FDP vertreten. Erst im Zusammenspiel mit weiteren Forderungen erhält die politische Vision der Piraten ihre transitorische Kraft. Denn betrachtet man die oben genannten Punkte, wie freier Zugang zu Wissen und Kultur, informationelle Selbstbestimmung sowie die Wahrung der Privatsphäre und von Bürgerrechten, die als Grundpfeiler einer emanzipativ verstandenen Informations- oder Wissensgesellschaft verstanden werden, fällt auf, dass sie sich immer wieder mit einer grundlegenden Unterscheidung auseinandersetzen, nämlich der Unterscheidung von Offenheit und Geschlossenheit im Umgang mit gesellschaftlichen Wissen. Dabei spielt die Frage des *Wissenszugangs* eine zwar wesentliche Rolle, ist aber nur eine der

vier zentralen Dimensionen, die zu Beginn dieser Ausführungen als charakteristisch für eine Wissensordnung bezeichnet wurden. Ebenso wichtig sind die Fragen der *Wissensproduktion*, also der Frage, in welcher Weise Wissen entsteht (Wer ist überhaupt in der Lage welches Wissen, wann und wo zu kreieren? Welche Mittel hat er/sie hierfür zur Verfügung und welchen Einflüssen, Erlaubnissen, Verboten, Kontrollen durch staatliche oder sonstige Stellen ist er/sie dabei ausgesetzt?), der *Wissensspeicherung* (Wer entscheidet aufgrund welcher Legitimation, welches Wissen erhalten und welches dem Vergessen überantwortet wird? Welche Rolle spielt dabei ökonomische oder politische Macht? Welche materiellen und organisatorischen Formen dominieren hierbei?), und der *Wissensverbreitung* (Wer hat das Recht und die Möglichkeiten, welche Art von Wissen über welche Kanäle zu verbreiten?).

Erst aus der Gesamtheit dieser vier Dimensionen einer gesellschaftlichen Wissensordnung lässt sich die Frage beantworten, ob sich mit der weiteren Entwicklung eine auf proprietären Prinzipien beruhende und der Warenform unterliegende Regulierung der Wissensordnung durchsetzen wird, die in der Kontinuität traditioneller Modellvorstellungen einer Wissensordnung der Industriegesellschaft des 19. und 20. Jahrhunderts steht. Oder – das wäre die andere Möglichkeit – als ein Umbruch, der einer freien gemeinschaftlichen Verfügung des gesellschaftlichen Wissens den Vorrang einräumt, wie es in den diversen Initiativen von Netzwerkaktivisten, »Free Software«, »Open Access«, »Open Data«, »Creative Commons« u. a. m. gefordert wird?

Die weltweite Gründung von Piratenparteien ist auf den Widerstand gegen eine Entwicklung zurückzuführen, die James Boyle<sup>10</sup> in einem Aufsatz aus dem Jahr 2003 »The Second Enclosure« genannt hat (Boyle 2003). Mit dieser auf die historische Überführung von Gemeindeland in privaten Großgrundbesitz in England während der

---

10 James Boyle lehrt Rechtswissenschaft in Durham, North Carolina, und ist Mitbegründer der »Creative Commons«; vgl. [http://en.wikipedia.org/wiki/Creative\\\_Commons](http://en.wikipedia.org/wiki/Creative\_Commons) (10.10.2010). Vgl. hierzu auch Lessig 2004.

ursprünglichen kapitalistischen Akkumulation<sup>11</sup> anspielenden Wortwahl bringt Boyle ziemlich treffsicher zum Ausdruck, worum es in der gegenwärtigen Auseinandersetzung um die Wissensordnung geht.

Die historische Überführung der »Commons« bzw. der »Allmende« in privaten Großgrundbesitz während der ursprünglichen Akkumulation des 18. Jahrhunderts veränderte nicht nur die Besitz- und Eigentumsverhältnisse, sondern in deren Folge auch die gesamte Lebensweise der Menschen. Sozialbeziehungen aller Art wurden nun in einem Ausmaß durch die Logik des Marktes bestimmt, wie es vorher so nicht der Fall gewesen war. Sie wurden jetzt auch auf diejenigen sozialen Beziehungen zwischen den gesellschaftlichen Individuen ausgedehnt, die vorher noch am Prinzip der Gemeinschaftlichkeit orientiert waren. Und genau dies geschieht gegenwärtig in Bezug auf den gesellschaftlichen Umgang mit Wissen. Gesellschaftliches Wissen wird schrittweise den proprietären Verwertungsinteressen des Kapitals unterworfen und die kapitalistische Warenform – ginge es nach dem Willen einflussreicher Unternehmen der Medien- und Unterhaltungsbranche – zur dominanten Form der gesellschaftlichen Aneignung von Wissen erhoben werden.

11 Marx beschreibt diese Auseinandersetzung im Kapitel über die ursprüngliche Akkumulation (»Das Kapital«, Band I, 24. Kapitel, 744 ff.). Zwar hatte dieser Prozess der Auflösung des Gemeindelandes (im Deutschen spricht man von »Allmende«) schon im 15. Jahrhundert eingesetzt, zunächst aber nur als am Rande der Legalität operierende »individuelle Gewalttat« durch Großgrundbesitzer (S. 752), die zunächst auch von der Krone und dem englischen Parlament angeprangert und durch entsprechende Gesetzgebungen einzudämmen versucht wurden. Im 18. Jahrhundert, im Zusammenhang mit der industriellen Revolution, drehte sich jetzt der Wind. Nun wurden allgemeine rechtliche Voraussetzungen geschaffen, damit der »systematisch betriebene Diebstahl des Gemeindeigentums jene großen Pachten anschwellen (ließ), die man im 18. Jahrhundert Kapital-Pachten oder Kaufmanns-Pachten nannte, und das Landvolk als Proletariat für die Industrie »freisetzen.« (MEW 23, 753). Marx notiert: »Es war nicht nur brachliegendes, sondern oft (...) gemeinschaftlich, bebautes Land, das unter dem Vorwand der Einhegung vom angrenzenden Landlord annexiert wurde. (...) Die parlamentarische Form des Raubs ist die der Bill for Inclosure of Commons« (MEW 23, 753). Karl Polanyi spricht in diesem Zusammenhang von einer »revolution against the poor« (Polanyi 1957, 315).

Diesem Bestreben widersetzen sich nicht nur die Piraten, sondern soziale Bewegungen weltweit. Mit Verweis auf die durch die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien gegebenen Möglichkeiten fordern sie eine grundlegende Neuordnung der Wissensordnung im Sinne eines freien Zugangs. Die »Wissensallmende« soll dort, wo sie existiert, nicht nur gegen die Privatisierungsansprüche der Verwertungsindustrie geschützt, sondern darüber hinaus zum Leitbild der zukünftigen Gestaltung der Wissensordnung gemacht werden. Der Widerstand gegen die Pläne der Unterhaltungs- und Medienunternehmen wird von diesen scharf attackiert und zum Teil kriminalisiert. In der Forderung der Piraten nach einem freien Fluss von Informationen wird ein Angriff auf die »freie Grundordnung der Gesellschaft« gesehen, »Daten-Piraterie« wird in einen Topf mit organisiertem Verbrechen und Terrorismus geworfen. Mit markigen Werbekampagnen versuchte die Verwertungsindustrie in die Offensive zu gehen und überschüttete die Gesellschaft mit Massenanzeigen wegen Urheberrechtsverletzungen. An ihrer Seite haben sich regelrechte Verwertungsketten zwischen Rechteinhabern, Rechtsanwälten und Recherche-Unternehmen gebildet, so dass bereits von einer organisierten »Abmahnindustrie« gesprochen wird, deren Aktivitäten zum großen Teil im Dunkeln liegen, die aber keinerlei Irritationen verspürt, wenn ihre Aktivitäten zu einer Kriminalisierung eines immer größeren Teil der Bevölkerung führen (vgl. Bleich 2010). Die Kreativen selbst, also die wirklichen Urheber der Werke, um deren Rechte hier gestritten wird, sehen sich selbst in ihrer großen Mehrheit als diejenigen, die bei diesem Geschäft ohnehin leer ausgehen. Sie sehen in den Musikverlagen eine Art »Gatekeeper, die ihre Macht aus ihrer Kontrolle über die begrenzte Produktion, die knappe Sendezeit der Radios, die knappe Stellfläche in den Musikgeschäften, kurz über den Zugang zur Öffentlichkeit beziehen« (Grassmuck 2002, 74). Und diejenigen Künstler der Netzkultur, die mit Mashups, Remix und Collagen arbeiten, ein Genre, das in den vergangenen Jahren einen enormen Zuwachs erlebt hat, beklagen seit langem die hemmende Wirkung der restriktiven Rechtsvorschriften.

Die Tatsache, dass der netzpolitische Widerstand ohne Enteignungsforderungen auskommt und sich stattdessen auf die Flankierung politischer Forderungen durch kreative sozio-technische Gestaltungen konzentriert, in denen die Visionen einer zukünftigen Wissensordnung modellhaft, wenngleich partiell, demonstriert werden, hat sozialwissenschaftliche Beobachter, deren politische Leitunterscheidung im Rechts/Links-Schema verwurzelt sind, offensichtlich zutiefst irritiert. So beispielsweise Leggewie, dem »eine Enteignungsforderung gegen Marc Zuckerberg (...) nicht zu Ohren gekommen« ist (2012, 237), und der deshalb schlussfolgert, die Piraten würden privaten Organisationen mehr vertrauen als staatlichen und dem so genannten »medien-industriellen Komplex in privaten Händen« unkritisch begegnen. Man wehre sich gegen ACTA, aber nicht gegen Facebook und Google (235). Das ist eine sonderbare Behauptung mit einer noch sonderbareren Begründung. Als könne man den Kampf um eine freie Wissensordnung mit den Rezepten der industriellen Arbeiterbewegung ausfechten. Wer auf Enteignungsforderungen programmiert ist, um Gesellschaftskritisches in politischen Auseinandersetzungen zu entdecken,<sup>12</sup> hat Schwierigkeiten, die gesellschaftskritische Flanke der politischen Strategie der Piratenpartei überhaupt wahrzunehmen.

## V.

Die ersten Widerstände im Zusammenhang mit der Privatisierung und Abschottung von Softwareprodukten sind Anfang der 80er Jahre entstanden, woraus sich die »Freie-Software-Bewegung« entwickelt hat. Es wurden Initiativen wie »Free Culture« (Lessig 2004) und

---

12 Dass in einer bestimmten Situation Enteignungsforderungen auf der Tagesordnung stehen können, ist nicht auszuschließen. Aber das ist nicht die Haupt-Kampfform, und hierin wird nicht die Lösung gesehen. Was wäre die Konsequenz? Wie ginge es denn weiter? Der Staat als Verwalter? Was würde das beispielsweise im Falle Google bedeuten? Bei einem Unternehmen, das eine weltweite Infrastruktur für den Zugang zum Wissen zur Verfügung stellt. Die Übernahme einer Suchmaschine durch die Staaten wäre sicherlich keine gute Idee, ebensowenig wie die staatliche Kontrolle des Internet.

»Open Access« gegründet.<sup>13</sup> Der Versuch der Kultur-Verwertungsindustrie, private Eigentumsrechte auf einen Bereich auszudehnen, der sich bislang durch einen hohen Anteil an gemeinschaftlichen Verfügungsrechten auszeichnete, führte zunächst zum Widerstand einer sozialen Gruppe, die hiervon unmittelbar betroffen war, erstreckte sich dann aber bald auf die Bereiche der Gesellschaft, in denen man dabei war, die neuen Möglichkeiten, die sich aus dem Umgang mit den neuen Informations- und Kommunikationstechnologien boten, zu nutzen. Und wie so oft, wenn es um Nutzung von Erfindungen geht, entwickelte sich eine gesellschaftliche Praxis, die bei der Erfindung nicht vorhersehbar war. Die großen Musikverlage reagierten zunächst mit dem Einsatz technischer Mittel (z. B. über Rights Control Systems – RCS – bzw. Digital Rights Management – DRM), um dann, als sich diese als unwirksam erwiesen, vom Staat zu verlangen, über internationale Regierungsverhandlungen immer restriktivere rechtliche Bestimmungen im Umgang mit Wissen weltweit durchzusetzen. Dagegen wandten sich die nun überall aufkeimenden sozialen Bewegungen, die eine grundlegende Revision der Wissensordnung forderten, eine Anpassung an die veränderten Kommunikationsverhältnisse der Gesellschaft.

Eine sehr wichtige Waffe der netzpolitischen Bewegung gegen die »zweite Landnahme« war von Anfang an die Frage des »Codes«. Adriana Sanchez und Silke Helfrich haben den Code als »Saatgut der Software« bezeichnet (Sanchez & Helfrich 2012). Nur aus der Offenlegung des Codes kann Vertrauen entstehen. Deshalb wird Linux mehr vertraut als Apple oder Microsoft, Sipgate und Mumble mehr als Skype, Identica mehr als Twitter, Diaspora mehr als Facebook oder Google-Plus.

Dass diese innerhalb sozialer Bewegungen entstandenen technischen und organisatorischen Mittel von vielen politikwissenschaftlichen Beobachtern nicht als Kampfformen gegen eine proprietäre, privatkapitalistische, auf die Warenförmigkeit der Information ab-

---

13 Vgl. [www.open-access.net](http://www.open-access.net) (deutsch) und [http://oad.simmons.edu/oadwiki/Main\\_Page](http://oad.simmons.edu/oadwiki/Main_Page) (engl.)

zielende neoliberale Strategie identifiziert werden, ist verwunderlich. Zweifellos stellen sie keinen grundlegenden Angriff auf die kapitalistischen Produktionsverhältnisse dar, aber es bleibt festzuhalten, dass die Piraten sowohl gegen das ausufernde Überwachungs- und Kontrollbestreben der Informations- und Kommunikationsdaten durch den Staat opponieren als auch – und das betrifft private Akteure nicht minder als staatliche – gegen jede Art von Monopolisierungsbestrebungen hinsichtlich der Erzeugung, der Speicherung, der Verbreitung und des Zugangs zum gesellschaftlichen Wissen.

Die Frage einer am Gemeinschaftsgedanken orientierten versus einer proprietären Prinzipien folgenden und an monetären Interessen ausgerichteten Politik stellt sich aber nicht nur im Bereich des Internet. Was wir gegenwärtig erleben, ist der Versuch, die Warenform auf alle Bereiche von »Natur und Gesellschaft voranzutreiben. Uralte Pflanzen- und Saatgutkenntnisse werden vom Kapital angeeignet, Teile des menschlichen Genoms patentiert, universitäre Forschung dem Profitstreben untergeordnet.« (Jessop 2004) Dementsprechend lassen sich auch in den Bereichen der Bildung, der Genetik und der Biologie, der gesellschaftlichen Infrastrukturen (Eisenbahnen, Autobahnen, Müllabfuhr, Energie- und Wasserversorgung) in allen europäischen Ländern heftige Auseinandersetzungen beobachten.<sup>14</sup> »So lange das Marktparadigma als einzig legaler Ansatz für eine zukünftige Informations- und Kreativitätsumgebung gilt, so lange werden die entscheidenden Fragen nicht gestellt werden. Die Rede über die Commons hilft uns jedoch, einen neuen Dialog und eine breit angelegte Bewegung zur Verteidigung der Gemeinschaftlichkeit zu initiieren.«

Im Parteiprogramm der Piraten zeigt sich diese Hinwendung u. a. an folgenden Punkten:

- Freier Zugang zum gesellschaftlichen Wissen (betrifft v. a. die Fragen der sozialen, finanziellen und rechtlichen Schranken im Bildungsbereich, Verurteilung von DRM zur künstlichen Verknappung von Lehrmaterialien etc.)

---

14 Ausverkauft. Wie das Gemeinwohl zur Privatsache wird. Edition Le Monde Diplomatique 2009, Sonderheft No. 6



- Freier Zugang zur digitalen Kommunikation
- Einführung eines »fahrlos öffentlichen Nahverkehrs«
- Ablehnung von Patenten auf Lebewesen und Gene
- Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens

Dass es sich bei Auseinandersetzungen um die Wissensordnung nicht nur um einen reinen Abwehrkampf handelt, sondern dass sich aus der antagonistischen Formulierung des Problems gleichzeitig eine gesellschaftspolitische Utopie herauskristallisieren kann, die ich hier als *Utopie einer freien Wissensordnung* bezeichnen möchte, symbolisiert Eben Moglen recht einprägsam in seiner Remix-Version des kommunistischen Manifests: »Ein Gespenst geht um im multinationalen Kapitalismus. Alle Mächte der Globalisierung haben sich zu einer heiligen Hetzjagd gegen dies Gespenst verbündet. Microsoft und Disney, die Welt-Handels-Organisation, der Kongress der Vereinigten Staaten und die Europäische Kommission. Wo sind die Fürsprecher der Freiheit in der neuen digitalen Gesellschaft, die nicht von ihren Gegnern als Piraten, Anarchisten, Kommunisten verschrien worden wären. (...) Weltweit verkündet die Bewegung für freie Information die Ankunft eines neuen Sozialgefüges, geboren aus der Transformation der bürgerlichen Industriegesellschaft durch die von ihr selbst hervorgebrachte digitale Technologie.« (Moglen 2003, Übersetzung: M. P.).

## Literatur

- Boyle, James: The Second Enclosure Movement and the Construction of the Public Domain. In: Law and Contemporary Problems. 66 (Winter/Spring 2003), 2003, S. 33-74.
- Foucault, Michel: Analytik der Macht. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2005.
- Fülberth, Georg: Piraten im historischen Kontinuum. In diesem Band.
- Grassmuck, Volker: Freie Software. Zwischen Privat und Gemeineigentum. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 2002.
- Grassmuck, Volker: The Planet of Free Knowledge. Telepolis, 2004, [www.heise.de (10.10.2010)]

- Jessop, Bob: Intellektuelle Eigentumsrechte. In: Haug, Wolfgang Fritz (Hg.): Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus. 6 II, Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus. Berliner Institut für kritische Theorie e.V. (InkriT), 2004, S. 1287-1296.
- Kullmann, Katja: Man muss die Piraten nicht hassen. In: ak – analyse & kritik – Zeitung für linke Debatte und Praxis. 571, 2012.
- Langewiesche, Dieter: Liberalismus und Marxismus in Deutschland: Gegensätze und Gemeinsamkeiten in historischer Perspektive. In: Langewiesche, Dieter (Hg.): Liberalismus und Sozialismus. Bonn: 2003, S. 232-245.
- Leggewie, Claus: Den Laptop auch mal zuklappen. Zur Kritik der Distributionsmittel einer politischen Bewegung – eine skeptische Nachbetrachtung. In: Bieber, Christoph; Leggewie, Claus (Hg.): Unter Piraten. Erkundungen in einer neuen politischen Arena. transcript, 2012, S. 233-240.
- Lessig, Lawrence: Free Culture. How Big Media uses technology and The Law to lock down Culture and Control Creativity. New York: Penguin Press, 2004.
- Losurdo, Domenico: Freiheit als Privileg. Eine Gegengeschichte des Liberalismus. Köln: PapyRossa, 2010.
- Luhmann, Niklas: Die Gesellschaft der Gesellschaft, 2 Bände. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1997.
- Marx, Karl: Grundrisse der politischen Ökonomie (Rohentwurf) (1858). 2. Aufl., Berlin: Dietz, 1974.
- Marx, Karl: Zur Judenfrage (1844). Marx-Engels-Werke Band 1 (MEW 1). Berlin: Dietz Verlag, 1974, S. 347-377.
- Marx, Karl und Friedrich Engels, »Manifest der Kommunistischen Partei« (1848). In: Marx-Engels Werke, Band 4. Berlin 1972: Dietz, S. 459-493.
- Marx, Karl, Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band (1890): Der Produktionsprozeß des Kapitals. In: Marx-Engels Werke, Band 23. Berlin 1968: Dietz.
- Moglen, Eben: The dotCommunist Manifesto. (<http://emoglen.law.columbia.edu/publications/dcm.html>).
- Morgan, Edmund S.: American Slavery, American Freedom. The Ordeal of Colonial Virginia. New York: Norton & Company, 1995.
- Nuss, Sabine/Stützle, Ingo: Modernisierung statt Meuterei. In: ak – analyse & kritik – Zeitung für linke Debatte und Praxis. 573, 2012.
- Nuss, Sabine: Copyright & Copyriot. Aneignungskonflikte um geistiges Eigentum im informationellen Kapitalismus. Münster: Westfälisches Dampfboot, 2006.

- Polanyi, Karl: *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1973.
- Reckwitz, Andreas: *Die Transformation der Kulturtheorien. Zur Entwicklung eines Theorieprogramms*. Weilerswist: Velbrück, 2000.
- Sanchez, Adriana & Helfrich, Silke: *Der Code ist das Saatgut der Software*. In: Helfrich, Silke & Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): *Commons. Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat*. Bielefeld: transcript, 2012, S. 344-347.
- Smith, Adam: *Lectures on Jurisprudence (1762–63 and 1766)*. Indianapolis: Liberty Classics, 1982 (zitiert bei Losurdo 2010).
- Spinner, Helmut F.: *Die Wissensordnung. Ein Leitkonzept für die dritte Grundordnung des Informationszeitalters*. Opladen: Leske + Budrich, 1994.

## Autorinnen und Autoren

**Martin Beckmann**, Dr. phil., geb. 1977. Gewerkschaftssekretär im Bereich Politik und Planung der ver.di-Bundesverwaltung in Berlin.

**Georg Fülberth**, geb. 1939. Professor für Politikwissenschaft in Marburg 1972–2004. Mitglied der DKP. Veröffentlichte zuletzt: »Das Kapital« kompakt, 2. Aufl. Köln 2012.

**Conny Hildebrandt**, Dipl.-Philosophin, geb. 1962. Mitglied der Partei DIE LINKE; stellvertretende Leiterin des Institutes für Gesellschaftsanalyse; Arbeitsschwerpunkt Parteien und soziale Bewegungen. Publikationen zusammen mit Birgit Daiber und Anna Striethorst: Von Revolution bis Koalition. Linke Parteien in Europa, RLS Texte 52, Berlin, 2010; englische Ausgabe: From Revolution to Coalition – Radical Left Parties in Europe, englische Reihe, Manuskripte 2, Berlin 2012.

**Horst Kahrs**, geb. 1956. Sozialwissenschaftler; Mitglied der Partei Die Linke; seit 2012 Mitarbeiter am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin mit den Arbeitsschwerpunkten Sozialstruktur-analyse, Wahlenanalysen und Politik des Öffentlichen. Jüngste Publikationen: »Abschied aus der Demokratie. Zum sozialen Klassencharakter der wachsenden Wahlenthaltung«, RLS-Studien, Berlin 2012; »Umkämpfter Sozialstaat. Ein Blick auf Klassenstrukturen und Transformationen«, RLS Manuskripte Neue Folge, Berlin 2013. [www.horstkahrs.de](http://www.horstkahrs.de).

**Detlef Kannapin**, Dr. phil., geb. 1969. Filmhistoriker und Medienwissenschaftler, Publikationen zur deutschen und internationalen Filmgeschichte, zu Philosophie und Staatstheorie. Letzte Veröffentlichungen: Der dialektische Materialismus steht vor der Tür – und da bleibt er stehen! Indikatoren des Machbaren in der spätimperialistischen Philosophie, Berlin 2010; Die Gegenwärtigen. Versuch, die Verfehlung am Witz der Sache zu erklären, in: Das Argument 295/2011; Kapitel »Bild« und »Musik« in: Jörg Becker: Die Digitalisierung von Medien und Kultur, Wiesbaden 2013.

**Konstanze Kriese**, Dr. phil., geb. 1960. Kulturwissenschaftlerin, Vorstandsmitglied von Förderband e.V., stell. Vorsitzende der Kulturinitiative '89; Vorstandsreferentin der Bundestagsfraktion DIE LINKE; Zusammen mit Lothar Bisky und Jürgen Scheele Herausgeberin von »Medien – Macht – Demokratie. Neue Perspektiven«, RLS-Texte Bd. 54, Berlin 2009; zuletzt: »Du bist wie Anarchismus für mich ...« – Eine Emma-Goldman-Referenz. In: Schritt für Schritt ins Paradies: Handbuch zur Freiheit, Karsten Krampitz und Klaus Lederer (Hrsg.), Berlin 2013, weitere Texte auf [www.kasonze.de](http://www.kasonze.de).

**Michael Paetau**, geb. 1947. Vorsitzender des Vereins »Wissenskulturen e.V.«, Leiter des »Zentrum für Soziokybernetische Studien Bonn«, Mitglied im Leitungsgremium des »Research Committee on Sociocybernetics (RC51)« der International Sociological Association (ISA), lehrte Mediensoziologie und Kommunikationswissenschaften an den Universitäten Bielefeld, Siegen und Duisburg-Essen; seit 2009 Mitglied der Piratenpartei. Aktuelle Publikationen unter anderem in den »Blättern für deutsche und internationale Politik«.

**Dr. Jürgen Scheele**, geb. 1963. Politikwissenschaftler, Referent für Medien- und Netzpolitik der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, zuvor langjährige Tätigkeit als Editor, Trainer und Berater im Bereich Broadcast & New Media.

**Tobias Schulze**, geb. 1976. Hat Literatur-, Politik- und Kommunikationswissenschaften studiert; Referent der Linksfraktion im Bundestag für Politik rund um Wissen und Technologien, Mitglied der netzpolitischen AG der LINKEN; bloggt unter anderem auf [digitale.linke.de](http://digitale.linke.de). Zur Piratenpartei zusammen mit Helge Meves: »Betriebssysteme und die Krise der Demokratie: Was lernen wir aus dem Aufstieg der Piraten?«, rls-Standpunkte 13/2012. Berlin 2012.

**Dr. Wolfgang Storz**, geb. 1954. Arbeitet als Medien- und Kommunikationsberater, Publizist und Lehrbeauftragter an der Universität Kassel, hat Bücher und zusammen mit Hans-Jürgen Arlt Studien über BILD und die Berichterstattung von Qualitätsmedien über die Finanzmarkt-Krise veröffentlicht, zuvor Medienberater und Chefredakteur von »metall« beim Vorstand der IG Metall und stellvertretender Chefredakteur (2000–2002) und Chefredakteur der »Frankfurter Rundschau« (2002–2006). [www.wolfgangstorz.de](http://www.wolfgangstorz.de)

**Michael H. W. Weber**, geb. 1969. Promovierter Chemiker; gründete und leitet seit 2005 den gemeinnützigen Verein Rechenkraft.net e.V., war 2005/2006 maßgeblich an einem Volksbegehren gegen die Privatisierung des hessischen Universitätsklinikums Gießen-Marburg beteiligt, seit 2009 Mitglied der Piratenpartei und Mandatsträger der Stadtverordnetenversammlung Marburg; bemüht sich aktuell um den Aufbau einer Forschungsstelle für Bakteriophagen und zelluläre Stressantworten am Botanischen Garten der Philipps-Universität Marburg.

**Nelli Tügel**, geb. 1984. B. A. Skandinavistik und Geschichte, studiert Neuere und Neueste Geschichte (M. A.) an der Freien Universität Berlin.